

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

29. Juli 2019

Ägypten

Drohung gegen Exilägypter

Im Rahmen einer Feier für Exilägypter in Toronto am 23.07.19 hat die Immigrationsministerin Ägyptens, Nabila Makram, geäußert, dass Personen, die „auch nur ein schlechtes Wort über das Land“ sprechen würden, „aufgeschlitzt“ werden würden, wobei sie eine Geste mit dem Finger über ihren Hals machte. Das Video mit dieser Rede wurde in sozialen Netzwerken kritisiert und wurde von Gegnern und Anhängern der ägyptischen Regierung als Todesdrohung gegen Kritiker aufgefasst. Das Ministerium gab bekannt, die Ministerin sei überrascht über diese Reaktion, da es sich im ägyptischen Dialekt um eine gebräuchliche Phrase handele. Nabila Makram ist dafür bekannt, bei Reden zu improvisieren.

Afghanistan

Welle von Anschlägen in Kabul

Am 25.07.19 starben bei drei Anschlägen in der Hauptstadt Kabul mindestens 11 Menschen, mindestens 45 weitere wurden verletzt. Zunächst wurde ein Selbstmordanschlag auf einen Bus mit Mitarbeitern des Bergbauministeriums im 16. Polizeidistrikt verübt. Kurz darauf ereigneten sich nur wenige Meter entfernt ein weiterer Selbstmordanschlag sowie eine Autobombenexplosion im 9. Polizeidistrikt. Zu den ersten beiden Anschlägen bekannte sich der IS, die Taliban übernahmen die Verantwortung für den dritten Anschlag, dessen Ziel ein Konvoi ausländischer Streitkräfte gewesen sein soll. Nach NATO-Angaben sei aber ein ziviles Fahrzeug getroffen worden. Am 28.07.19 ereignete sich unmittelbar nach Beginn des Wahlkampfes anlässlich der für den 28.09.19 vorgesehenen Präsidentenwahl ein Anschlag auf das Büro des Vizepräsidentenkandidaten Amrullah Saleh, bei dem nach mehrmals aktualisierten Angaben des afghanischen Innenministeriums mindestens 24 Menschen getötet und weitere 50 verletzt wurden. Zum Anschlag bekannte sich bis zuletzt noch niemand.

Zusammenfassung der von ACLED erfassten Ereignisse

Nach Angaben des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) gab es auch in der vergangenen Woche heftige Kämpfe zwischen Taliban und Regierungstruppen. Die Taliban behaupten, 41 Kontrollpunkte in den Distrikten Qalat und Shah Joy in der südlichen Provinz Zabul überrannt zu haben. Die Hauptstraße von Kabul nach Kandahar führt durch diese Gebiete. Weiterhin gab es Selbstmordanschläge in Städten, u.a. in Kabul und Kandahar. Zusätzlich wird über die Unterwanderung der Sicherheitskräfte durch Taliban berichtet. Afghanische Polizisten und Soldaten sowie amerikanische Soldaten seien Ziele von Angriffen dieser Personen geworden.

China

Proteste in Hongkong gehen weiter – Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten

Auf den Straßen Hongkongs ist es erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Regierungsgegnern gekommen. Bereitschaftspolizisten setzten Tränengas, Schlagstöcke, Gummigeschosse

und Pfefferspray gegen die Demonstranten ein, die nach einem nicht genehmigten Protestmarsch an mehreren Stellen Barrikaden errichtet hatten. Die Behörden teilten mit, dass 49 Personen festgenommen wurden. Auch von bis zu 20 Verletzten wurde berichtet.

Seit Wochen kommt es immer wieder zu Protestmärschen mit hunderttausenden Teilnehmern. Auslöser für die Demonstrationen war ein umstrittener Gesetzentwurf zur Auslieferung beschuldigter Personen an China. Die Proteste richten sich auch gegen die Polizei. Ihr wird vorgeworfen, bei den Demonstrationen in diesem Sommer zu hart vorgegangen zu sein. Ein Ende der Proteste ist nicht absehbar. Auch für die nächsten Wochen sind bereits Demonstrationen geplant.

Die chinesische Führung sieht ausländische Kräfte am Werk, vermied aber bis zuletzt ein Eingreifen in den Konflikt. In einem Artikel in der Parteizeitung „China Daily“ vom 29.07.19 wurden jedoch Vergleiche mit den Revolutionen im Nahen Osten und Nordafrika gezogen und die lokale Polizei aufgefordert, die notwendigen Schritte zur Wiederherstellung der Ordnung einzuleiten.

Irak

Sicherheitslage

Nach wie vor kommt es zu Zusammenstößen zwischen irakischen Sicherheitskräften und IS-Kämpfern. Laut Informationen aus Sicherheitskreisen vom 19.07.19 hat die zweite Phase der Anti-IS-Militäroffensive „Will of Victory“ (vgl. BN v. 08.07.19) im Norden von Bagdad und den Provinzen Diyala, Salahaddin und Anbar begonnen.

60 Personen bei Protest in Babil verhaftet

Am 22.07.19 wurden 60 Personen bei einer Demonstration in Midhatiya in der Provinz Babil verhaftet. Sicherheitskräften zufolge war die Demonstration unangemeldet. Demonstranten versuchten dabei, das Verwaltungsgebäude zu stürmen. Laut lokalen Medienberichten handelt es sich um die fünfte Demonstration, die bessere Grundversorgung in Midhatiya einfordert.

Iran

Erneutes Vorgehen gegen Baha'i

Am 24.07.19 veröffentlichte die den Pasdaran nahestehende Nachrichtenagentur FARS (Fars News Agency, FNA) einen Artikel mit dem Titel „Baha'i-Firmen = getarnte Spione“, mit dem Vorwurf der wirtschaftlichen Parteinahme der Baha'i für die USA zum Schaden der iranischen Wirtschaft angeprangert hat. Es ist bereits häufig zu derartigen Attacken bei staatlichen Medien gekommen. Deshalb hatte Twitter am 21.07.19 die Schließung der Konten einiger staatsnaher Medien veranlasst. Die über 300.000 Baha'i in Iran bilden die größte religiöse Minderheit des Landes. Neben dem Studium werden sie seit der islamischen Revolution von 1979 auch von staatlichen Berufen ausgeschlossen. Zuletzt hat ein Gericht in der südiranischen Stadt Bushehr sieben Angehörige der Glaubensgemeinschaft zu insgesamt 21 Jahren Haft verurteilt. Ihnen wurde Propaganda gegen die Islamische Republik vorgeworfen. Eine Verwandte der Verurteilten sagte in einem Interview, diese hätten sich keineswegs politisch engagiert und seien allein wegen ihres Glaubens bestraft worden.

Filmregisseur wieder zu Haftstrafe verurteilt

Der international renommierte iranische Regisseur Mohammad Rasoulof wurde am 20.07.19 wegen der kritischen Darstellung des Iran in seinen letzten drei Filmen zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Der Vorwurf lautete auf Propaganda gegen die Islamische Republik. Es ist bereits seine zweite Verurteilung. Rasoulof wurde 2010 zusammen mit seinem Kollegen Jafar Panahi unter dem gleichen Vorwurf zu je sechs Jahren Haft und 20 Jahren Berufsverbot verurteilt. Das Berufsverbot wurde aufgehoben, beide kamen gegen Kautions auf freien Fuß.

Iran will Scheidungen am Hochzeitstag des ersten schiitischen Imams verbieten

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Isna forderten der Jugendminister und der Justizminister, dass ab dem 03.08.19 in Zukunft keine Scheidungen mehr am Hochzeitstag des ersten schiitischen Imams Ali stattfinden sollen. In Iran wird jede dritte Ehe annulliert. Am 03. August vor fast 1.400 Jahren soll Ali ibn Abi Talib die Tochter des Propheten Muhammads, Fatima, geheiratet haben. Da beide im schiitischen Islam eine wichtige Rolle einnehmen, wollen viele religiöse Iraner an diesem Tag heiraten.

Jemen

Kampfhandlungen in al-Dhali und Hodeida

Am 24.07.19 kam es im Gouvernement al-Dhali zu Zusammenstößen zwischen Houthi-Rebellen und regierungstreuen Kräften. Die regierungsnahen Streitkräfte behaupteten, 30 Rebellenkämpfer getötet zu haben. Am 27.07.19 kam es zu einem Angriff der Houthi-Rebellen auf eine Lebensmittelfabrik und ein Wohngebiet der Stadt Hodeida. Mindestens eine Person kam ums Leben, mehrere wurden verletzt.

Kamerun

Gefängnismeuterei in Jaunde und Buea

Am Morgen des 22.07.19 besetzten hunderte Insassen Teile des Kondengui-Zentralgefängnisses von Jaunde. Viele der Meuterer waren Oppositionelle der Regierung oder Unterstützer der Separatistenbewegung in den englischsprachigen Regionen. Videos, die von Häftlingen gefilmt und auf Facebook hochgeladen wurden, zeigten u. a. Aufständische, die „Ambazonia rising!“ riefen und Trümmer auf Sicherheitskräfte warfen. Der Aufstand richtete sich insbesondere gegen die schlechten Haftbedingungen wie beispielsweise eine starke Überbelegung. Gleichzeitig wurde auch eine Verbesserung der Essensrationen gefordert. Die Insassen brannten die Bücherei sowie eine Nähwerkstatt für weibliche Häftlinge nieder. Am Abend stürmten Sicherheitskräfte das Gefängnis und beendeten die Rebellion. Laut offiziellen Angaben vom 23.07.19 wurden 77 Insassen zur Befragung im Zusammenhang mit dem Aufstand zu Polizei- und Gendarmerieeinheiten in Jaunde verbracht. Im 1967 für 1.500 Insassen gebauten Kondengui-Gefängnis sind derzeit 9.500 Häftlinge untergebracht.

Am 23.07.19 kam es im Zentralgefängnis von Buea (Hauptstadt der anglophonen Region Südwest) zu einer Rebellion von Gefangenen, die dort vor allem wegen Sezession, Rebellion und Terrorismus inhaftiert sind. Sie brannten die Bücherei, ein Nahrungsmittelager und ein Büro nieder. Bei der Niederschlagung des Aufstandes am selben Tag sollen 48 Häftlinge und zwei Mitglieder der Sicherheitskräfte verletzt worden sein.

Kosovo

Rückkehr des Premierministers

Der kosovarische Premierminister Ramush Haradinaj, der am 19.07.19 wegen einer Vorladung des Kosovo-Sondergerichts zurückgetreten ist, hat seine Regierungsaufgaben am 26.07.19 wieder aufgenommen. Laut Medienberichten habe er im Rahmen der gerichtlichen Anhörung von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht. Auch sei ihm der genaue Tatvorwurf unbekannt. Laut Kabinett müsse nun geprüft werden, ob die Wiederaufnahme der Regierungsaufgaben im Einklang mit der Verfassung steht. Hierzu werde sich Präsident Hashim Thaci im Laufe der Woche mit den Parlamentsparteien beraten. Lokale Medien kündigten zuvor an, dass die Parlamentswahlen vorgezogen und bereits am 08.09.19 stattfinden sollen.

Libyen

Kämpfe um Tripolis

Die Kämpfe in Tripolis intensivierten sich um den 22.07.19 an mehreren Frontlinien, namentlich in Ain Zara und Al-Nahr. Zudem soll am 26.07.19 die Luftwaffe des Gouvernement of National Accord (GNA) mehrere

Luftschläge gegen die Luftwaffenbasis Haftars in Jufra geführt haben. Dabei soll es in Reaktion darauf zu Luftschlägen von Haftars Kräften gegen Misrata, v. a. gegen die Luftwaffenakademie, gekommen sein.

Angriff auf ein Krankenhaus in Tripolis

Am 27.07.19 kamen nach Angaben des GNA bei einem Luftangriff auf ein Feldhospital in der Nähe der Flughafen-Straße in Tripolis mindestens fünf Angehörige des medizinischen Personals ums Leben; mindestens acht weitere Personen wurden verletzt. Es wird weitgehend davon ausgegangen, dass die Kräfte Khalifa Haftars dafür verantwortlich sind.

Nigeria

Boko Haram tötet mindestens 65 Menschen

Am 27.07.19 erschossen mutmaßliche Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram nach unterschiedlichen Angaben zwischen 21 und 23 Personen, die im Dorf Goni Abachari eine Trauerfeier besucht hatten und in ihr benachbartes Heimatdorf Badu Kuluwu (Bundesstaat Borno, Nganzai Local Government Area) zurückkehrten. Als Einwohner von Badu Kuluwu ihren Nachbarn zur Hilfe eilten, töteten die Terroristen über 40 weitere Dorfbewohner. Insgesamt sollen laut Angaben des Staatsfernsehens mindestens 65 Zivilisten getötet worden sein. Ein Vertreter der Nganzai Local Government Area (LGA) vermutete, dass es sich bei dem Angriff um einen Vergeltungsschlag gehandelt habe, da sich die Dorfbewohner vor zwei Wochen gegen einen Angriff von Boko Haram zur Wehr gesetzt hätten, bei dem sie elf Terroristen getötet hätten.

Schiitische Sekte IMN verboten

Am 27.07.19 erklärte der Federal High Court in Abuja die schiitische Sekte Islamic Movement in Nigeria (IMN) als terroristische Organisation für verboten und untersagte Personen oder Personengruppen, an Aktivitäten des IMN teilzunehmen. Das Verbot muss zur Wirksamkeit noch im offiziellen Verlautbarungsorgan der Regierung veröffentlicht werden. Das IMN, das im Gerichtsverfahren nicht vertreten war, kann Rechtsmittel einlegen. Dem Verbot der größten schiitischen Vereinigung Nigerias war eine Vielzahl von Protestmärschen des IMN vorausgegangen, auf denen die Freilassung des seit Dezember 2015 ohne Urteil inhaftierten IMN-Anführers und -Gründers Ibrahim El-Zakzaky gefordert wurde. Hierbei war es mehrfach zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften gekommen, wobei es mehrere Tote gab.

Erneut Tote bei Auflösung von Demonstrationen der schiitischen Sekte IMN

Am 22.07.19 gegen Mittag begann in Abuja bei der NITEL-Kreuzung ein Protestmarsch von hunderten, nach anderen Angaben von tausenden Anhängern der schiitischen Sekte Islamic Movement in Nigeria (IMN). Die Demonstranten, die die Freilassung von El-Zakzaky forderten, zogen zum Gebäudekomplex des Federal Government Secretariat, wo sie von der Polizei am Weitermarsch gehindert wurden. Bei der gewaltsamen Auflösung der Demonstration durch die Polizei wurden mindestens sechs Demonstranten, ein Polizist und ein Journalist in Ausbildung getötet. Nach anderslautenden Angaben eines IMN-Sprechers sollen elf Demonstranten getötet worden sein. Die Polizei berichtet, dass 54 verdächtige Personen im Zusammenhang mit der Tötung eines höherrangigen Polizisten und der Verletzung von drei weiteren Polizisten verhaftet wurden. Am 23.07.19 zerstreute die Polizei in Abuja im Distrikt Wuse 2 mittels Warnschüssen und Tränengas IMN-Anhänger, die sich dort für einen erneuten Protestmarsch sammelten. Hierbei erlitten zwei Sektenangehörige Verletzungen. Laut Angaben des IMN-Sprechers vom 26.07.19 sollen in der Woche mindestens 20 Angehörige des IMN von Sicherheitskräften getötet worden sein. Zuletzt wurden in Abuja am 09.07.19 zwei IMN-Angehörige bei der Auflösung einer Demonstration von der Polizei erschossen (vgl. BN v. 15.07.19).

Pakistan

Festnahmen bei Protesten der Opposition

Am 25.07.19 nahm die Polizei hunderte Protestierende der pakistanischen Muslimliga (PML-N) in der Provinz Punjab fest. Die Partei des Ex-Premiers Nawaz Sharif, der nach Verurteilung wegen Korruption inhaftiert ist, führte zusammen mit der islamistischen Partei Jamiat Ulema-e-Islam-Fazl (JUI-F) Proteste in

den größten Städten Karachi, Peshawar, Lahore, Quetta und der Hauptstadt Islamabad durch, um gegen die Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 2018 zu protestieren. Damals hatte die regierende Partei Tehreek-e-Insaf (PTI) gewonnen. Die PML-N wirft der Regierungspartei zudem vor, die gegen ihre Mitglieder geführten Ermittlungen wegen Korruption seien nur ein Vorwand, um die politische Opposition zu schwächen.

Mehrere Soldaten getötet

Am 27.07.19 töteten Rebellen zehn pakistanische Soldaten in zwei voneinander unabhängigen Angriffen. Im nordwestlichen Distrikt Nord-Waziristan in den ehemaligen Stammesgebieten an der afghanischen Grenze kamen bei einem Feuergefecht sechs Soldaten und in der südwestlichen Provinz Balochistan vier weitere Soldaten ums Leben. Zum Angriff in Nord-Waziristan bekannten sich die pakistanischen Taliban Tehrik-i-Taliban (TTP). Die beiden Vorfälle ereigneten sich wenige Tage nach dem Treffen von Premier Imran Khan und US-Präsident Donald Trump im Weißen Haus. Bei den Gesprächen ging es unter anderem um die Rolle Pakistans bei der Vermittlung einer politischen Einigung zur Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Afghanistan und des Kaschmir-Konflikts.

Palästinensische Autonomiegebiete/Iran/Israel

Hamas-Delegation besucht Teheran

Eine Hamas-Delegation aus dem Gazastreifen traf in Iran mit dem Revolutionsführer Ayatollah Seyyed Ali Khamenei und hochrangigen iranischen Regierungsbeamten zusammen. Die Delegation wurde von Saleh Arouri geleitet. Er ist einer der Gründer des Militärflügels der Hamas, der Izzadin al-Qassam Brigaden und für mehrere blutige Terroranschläge gegen israelische Zivilisten und Soldaten verantwortlich, darunter die Entführung und Ermordung von drei israelischen Jugendlichen im Westjordanland 2014. Im vergangenen November kündigte das US-Außenministerium eine Belohnung von 5 Mio. USD für Informationen an, die zu Aouris Gefangennahme führen könnten.

Palästinensische Autonomiebehörde setzt Verträge mit Israel aus

Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas erklärte in Ramallah, man werde die Verträge zur Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen aussetzen. Er begründete die Entscheidung mit dem Abriss mehrerer palästinensischer Häuser durch die israelische Armee in der Nähe Ost-Jerusalems. Die Palästinenser werfen der israelischen Regierung vor, sie aus den Gebieten um die Sperranlage zum Westjordanland verdrängen zu wollen. Ziel sei es, dort israelische Siedlungen und Verbindungsstraßen zu bauen. Israel begründete den Abriss damit, dass die Gebäude zu nah an der Sperranlage errichtet worden seien, die Israel und Ost-Jerusalem vom besetzten Westjordanland abschotten.

Russische Föderation

Mehr als 1.000 Demonstranten bei Protesten in Moskau verhaftet

Bei nicht genehmigten Protesten in der russischen Hauptstadt wurden am 27.07.19 mehr als 1.000 Demonstranten von der Polizei teilweise gewaltsam festgenommen. Medienangaben zufolge sollen mehrere Protestierende während der Verhaftung Verletzungen erlitten haben. Grund für die Demonstration mit etwa 3.500 Teilnehmenden war der Ausschluss von unabhängigen Kandidaten und Oppositionellen bei der kommenden Kommunalwahl am 08.09.19 gewesen (vgl. BN v. 22.07.19).

Bereits im Vorfeld der Proteste, am 24.07.19, war der bekannte oppositionelle Aktivist Alexej Nawalny wegen der Organisation nicht genehmigter Demonstrationen zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Am 28.07.19 war Nawalny mit einer akuten allergischen Reaktion aus dem Gefängnis ins Krankenhaus eingeliefert worden. Ärzte vermuten, der Aktivist könnte mit einer giftigen chemischen Substanz in Berührung gekommen sein. Medienangaben zufolge befindet sich Nawalny außer Lebensgefahr.

Tatverdächtiger im Fall der ermordeten LGBTI-Aktivistin festgenommen

Die russische Polizei gab am 25.07.19 bekannt, sie habe einen Tatverdächtigen im Fall der ermordeten LGBTI- und Menschenrechtsaktivistin, Jelena Grigorjewa, festgenommen. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden in St. Petersburg war Grigorjewa in der Nacht vom 20.07.19 nach einem Streit mit

einem Bekannten erstochen worden. Anzeichen für ein Hassverbrechen schloss die Behörde aus. Einem LGBTI-Aktivisten zufolge soll Grigorjewa jedoch regelmäßig Todesdrohungen erhalten haben, gegen die die Polizei aber nichts unternommen habe. Grigorjewas Name war auf einer im Internet veröffentlichten Todesliste enthalten. Diese Liste führte Namen von LGBTI-Personen sowie Aktivisten und Journalisten auf, die sich für LGBTI-Belange in Russland einsetzen und ermutigt dazu, auf die genannten Personen Jagd zu machen.

Somalia

Angriff in der Nähe des Flughafens tötet Dutzende

Am 22.07.19 fuhr ein al-Shabaab-Selbstmordattentäter in einen Sicherheitskontrollpunkt vor dem Afrik Hotel nahe dem Aden Adde International Airport in Mogadischu. Bei dem Angriff kamen ca. 20 Menschen ums Leben und ca. 30 weitere wurden verletzt.

Bürgermeister von Mogadischu bei Angriff verletzt

Mehrere Menschen wurden getötet und verletzt, als sich eine Selbstmordattentäterin am 24.07.19 in einen Regierungsgebäude in Mogadischu in die Luft sprengte. Unter den Verletzten befindet sich der Bürgermeister von Mogadischu, Abdirahman Omar Osman. Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für den Angriff und erklärte, das eigentliche Ziel sei James Swan gewesen, UN-Sondergesandter für Somalia, der sich am selben Tag mit dem Bürgermeister im Gebäude getroffen habe.

Zivilisten von Landmine getötet

Am 23.07.19 wurden acht Zivilisten getötet, als eine Landmine im Dorf Doonka außerhalb der Stadt Afgoye, Region Lower Shabelle explodierte.

Kampfhandlungen

Berichten zufolge haben die Streitkräfte der Somali National Army (SNA) am 19.07.19 bei einer Operation in der Nähe von Awdiinle Town, Region Bay, drei al-Shabaab-Kämpfer getötet.

Al-Shabaab soll zehn burundische Soldaten der Afrikanischen Union (AU) getötet haben, als sie am 27.07.19 ihren Konvoi zwischen Bad'ad und Galoley in der Region Middle Shabelle angriffen.

Südsudan

32 Jungen freigelassen

Laut Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF hat eine bewaffnete Oppositionsgruppe am 23.07.19 in Leer County (Bundesstaat Unity/Western Upper Nile) 32 Jungen im Alter von 13 bis 17 Jahren freigelassen. Viele von ihnen waren entführt oder mit Gewalt rekrutiert und als Kindersoldaten eingesetzt worden. Einige von ihnen haben ihre Eltern seit 2016 nicht mehr gesehen. Die Jungen sollen nun an einem dreijährigen, von UNICEF unterstützten, Reintegrationsprogramm teilnehmen.

UN-Bericht: Gewalt hält trotz Friedensabkommen an

Offiziell gilt seit September 2018 ein Friedensabkommen im Südsudan. Ein am 03.07.19 veröffentlichter UN-Bericht dokumentiert, dass die Gewalt in einigen Teilen des Landes weiter andauert. Im Bundesstaat Central Equatoria seien mindestens 104 Zivilisten getötet worden. Rund 100 Frauen und Mädchen sollen zwischen September 2018 und April 2019 Opfer von sexueller Gewalt geworden sein.

Syrien

Tote bei Luftangriffen

Die syrische Regierung hat seit April 2019 ihre Angriffe gegen die verbliebenen Rebellen in Idlib verstärkt. Nach Berichten der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte sind am 27.07.19 bei einem Luftangriff auf einen Markt in der Stadt Ariha in der Provinz Idlib mindestens elf Menschen

getötet worden, darunter zahlreiche Kinder. In der benachbarten Provinz Hama seien drei Helfer ums Leben gekommen, als ihr Fahrzeug bei einem Luftangriff getroffen wurde.

Bereits am 22.07.19 kam es nach Angaben von Aktivisten zu Luftangriffen auf einen Markt in der Stadt Maarat al-Numan gekommen, wobei mindestens 41 Menschen getötet und über hundert verletzt worden seien.

Die Vereinten Nationen haben die jüngsten Luftangriffe deutlich kritisiert, mehrere Angriffe seien gegen lebensnotwendige Infrastruktur gerichtet gewesen.

Nach Angaben der UNO sind seit April 2019 über 400.000 Menschen aus der Region im Nordwesten Syriens geflüchtet, viele von ihnen in Richtung der bereits überfüllten Lager an der türkischen Grenze.

IS-Anschlag

Der IS hat nach Medienberichten einen Selbstmordanschlag auf Regierungstruppen am 27.07.19 in der Provinz Daraa im Süden Syriens für sich reklamiert, bei dem sechs Soldaten getötet wurden. Ein IS-Kämpfer habe zunächst die Soldaten mit einem Maschinengewehr beschossen und dann seine Sprengstoffweste gezündet.

Tunesien

Tunesiens Präsident Essebsi ist tot

Der tunesische Präsident Beji Caïd Essebsi starb am 25.07.19 im Militärspital in Tunis im Alter von 92 Jahren. Der seit 2014 amtierende Präsident hatte im April seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl erklärt. Diese wurde nach seinem Tod vorgezogen und soll nun voraussichtlich am 15.09.19 stattfinden. Der am Donnerstag als Übergangspräsident vereidigte tunesische Parlamentspräsident Mohamed Ennaceur bezeichnete den verstorbenen Staatschef am Samstag als den Architekten nationaler Versöhnung. Caïd Essebsi ist der erste Präsident, der seit Tunesiens Unabhängigkeit im Jahr 1956 am vergangenen Samstag ein Staatsbegräbnis erhielt. Die Regierung hat nach seinem Tod eine siebentägige Staatstrauer ausgerufen.

Türkei

Vorgehen gegen unregistrierte Flüchtlinge

In der Türkei wächst der staatliche Druck auf Geflüchtete, insbesondere in Istanbul wurde die Suche nach illegalen Einwanderern verschärft. In den letzten zwei Wochen wurden nach Medienberichten ca. 6.000 Menschen ohne gültige Papiere in Istanbul festgenommen. Ein Teil soll abgeschoben worden sein, darunter 3.000 Afghanen in den Iran. Andere seien in Lager in andere Provinzen gebracht worden. So sollen etwa Syrer ohne gültige Papiere in ein Lager in der Provinz Hatay gebracht werden. Nach einer Verfügung des zuständigen Gouverneurs sollen alle syrischen Flüchtlinge, die nicht in Istanbul registriert sind, die Stadt bis zum 20.08.19 verlassen. Insgesamt sind in Istanbul 547.000 syrische Geflüchtete registriert. Tatsächlich sollen sich aber deutlich mehr in der Stadt niedergelassen haben, die andernorts gemeldet sind. Die Schätzungen dazu reichen von 30.000 bis 300.000.

Nach unbestätigten Angaben eines syrischen Dachverbands sind vergangene Woche auch mehr als 600 Syrer von Istanbul nach Syrien ausgewiesen worden, obwohl sie gültige Papiere für eine andere türkische Provinz hatten. Man habe sie gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, dass sie freiwillig ausreisen wollten. Innenminister Soylu rechtfertigte die für Istanbul angekündigten Maßnahmen und erklärte, kein Syrer werde gegen seinen Willen nach Syrien zurückgeschickt, die Türkei unterstützte jedoch rückkehrwillige Syrer.

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien 2012 hat die Türkei über 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Mittlerweile zeigt sich, dass auch nach der weitgehenden Beendigung der Kampfhandlungen in Syrien ein großer Teil dieser Menschen derzeit nicht zurückkehren will, weil dort ihre Lebensgrundlage zerstört ist.

Urteil des Verfassungsgerichts zur Meinungsfreiheit

Das türkische Verfassungsgericht entschied mit knapper Mehrheit am Abend des 27.07.19, dass neun Akademiker, die 2016 einen Aufruf zum Frieden unterzeichnet hatten, zu Unrecht wegen Terrorpropaganda für die PKK verurteilt worden seien. Der Aufruf sei im Rahmen der Meinungsfreiheit legal gewesen. Zudem

stellte das Verfassungsgericht klar, dass die Wissenschaftler von staatlichen Universitäten sich zu kontroversen Themen im Rahmen ihrer Meinungsfreiheit äußern dürfen. Das Gericht gab damit deren Beschwerde statt und ordnete eine erneute Verhandlung vor den zuständigen Gerichten an sowie eine symbolische Wiedergutmachung in Höhe von ca. 1.500 € Das Verfassungsgericht kündigte zudem an, eine Kopie des Urteils an alle untergeordneten Instanzen zu schicken, um künftige Rechtsverletzungen zu vermeiden.

Der Aufruf für den Frieden war von mehr als 2.000 Akademikern unterschrieben worden, die Anfang 2016 die kriegsartigen Zustände im Südosten des Landes kritisierten und daraufhin fast alle ihre Arbeit verloren. Seitdem wurden über 200 Unterzeichner zu Haftstrafen verurteilt, mehr als 500 Fälle sind noch vor Gerichten anhängig.

Ukraine

Waffenstillstand in der Ostukraine

Mit Wirkung zum 21.07.19 wurde unter Vermittlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der weißrussischen Hauptstadt Minsk eine neue unbefristete Waffenruhe zwischen ukrainischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten vereinbart. Außerdem wurde die Reparatur und Nutzung einer Brücke im Ort Stanyzia Luhanska beschlossen. Bei dieser Brücke handelt es sich um den einzigen Übergang zwischen dem Regierungs- und dem Separatistengebiet. Seit Beginn des Konflikts im Jahre 2014 wurden immer wieder Feuerpausen vereinbart, von denen jedoch keine eingehalten wurde.

Venezuela

Erneuter großer Stromausfall

Am 22.07.19 kam es erneut zu einem großflächigen Stromausfall. Am frühen Abend kam es zu landesweiten Störungen. Mindestens 16 Provinzen waren nahezu vollständig betroffen und auch in den anderen Provinzen kam es zu massiven Auswirkungen. Die Versorgung wurde nur schleppend wiederhergestellt. Es handelt sich um den vierten landesweiten Stromausfall seit März.

Interamerikanischer Vertrag über gegenseitigen Beistand

Das von der Opposition dominierte, aber weitgehend entmachtete Parlament hat am 23.07.19 den erneuten Beitritt zum Interamerikanischen Vertrag über gegenseitigen Beistand (TIAR) beschlossen, aus dem Venezuela unter der Regierung Chávez 2013 ausgetreten war. Am 26.07.19 hob das von Anhängern Maduros besetzte Verfassungsgericht diese Entscheidung wieder auf. Am 27.07.19 wiederholte Maduro bei einer Militärparade Drohungen, Oppositionelle festnehmen zu lassen, die eine ausländische Intervention planen würden.

Hintergrund ist, dass von den Unterstützern Maduros befürchtet wird, dass ein Beitritt zum TIAR-Vertrag eine rechtliche Grundlage für eine Militärintervention der USA gelegt werden könnte, die der vom Parlament eingesetzte Interimspräsident Guaido nicht ausgeschlossen hatte.